



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 04.03.2025**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 17:05 Uhr bis 18:14 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Claudia Schmidt

Paul Backmund

Carsten Heym

Birgit Marks

Jan Riedel

Hendrik Lange

Dr. Silke Burkert

Melanie Ranft

Andreas Schachtschneider

Yvonne Krause

Maximilian Kullack

Friedrich Lemberg

Jenny Rudek

André Scherer

Andreas Slowig

Nicole Esther Walldorf

Martin Wiechmann

Ausschussvorsitzende

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

AfD-Stadtratsfraktion Halle

CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion Die Linke im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Fraktion Hauptsache Halle

Fraktion der Freien Demokraten (FDP) /

FREIEN WÄHLER (FW) im Stadtrat von Halle (Saale)

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundige Einwohnerin

Sachkundiger Einwohner

Verwaltung

Katharina Brederlow

Alexander Frolow

Christian Hiepe

Annika Seidel-Jähnig

Beigeordnete Bildung und Soziales

Fachbereichsleiter Bildung

Leiter Abteilung Schule

Referentin Geschäftsbereich Bildung und Soziales

Entschuldigt fehlten:

Dr.med. Detlef Wend

Cordula Henke

Volt/MitBürger

Sachkundige Einwohnerin

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Schmidt eröffnete die Sitzung des Bildungsausschusses und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

Frau Brederlow stellte Frau Danzer als neue Protokollantin für den Bildungsausschuss und Herrn Dr. Meißner als Sozialplaner der Stadt Halle (Saale) vor.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Da es keine Änderungswünsche gab, rief **Frau Schmidt** zur Abstimmung der Tagesordnung auf.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.02.2025
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Wohnraum für Auszubildende
Vorlage: VIII/2024/00699
7. Mitteilungen
- 7.1. FaktenCheck Bildung 2024
Vorlage: VIII/2025/00854
- 7.2. Mitteilung über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26
Vorlage: VIII/2025/00916
- 7.3. Mitteilung zur Schulentwicklung und Erweiterungsbau der KGS "Ulrich von Hutten"
Vorlage: VIII/2025/00919
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.02.2025
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. Mitteilungen
14. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
15. Anregungen

zu 3 Einwohnerfragestunde

zu 3.1 Fragesteller zu Online-Ticket Kauf

Der Fragesteller nahm Bezug auf den Online-Ticket Kauf in der Stadt Halle (Saale). Er wies darauf hin, dass größtenteils Online-Tickets nur mit Kreditkarte, nicht aber mit Paypal oder Gmail, erworben werden können. Personen würden sich ausgeschlossen fühlen, da Sie keine Kreditkarte besitzen und dadurch keine Tickets erwerben können. Eine telefonische Reservierung sei nicht möglich, da die Gefahr besteht, dass diese Tickets vor Ort nicht abgerufen werden.

Frau Brederlow teilte mit, dass sie das Thema an die zuständigen Einrichtungen weiterleitet.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 04.02.2025

Es gab keine Einwendungen gegen die Niederschrift vom 04.02.2025, sodass diese von den Ausschussmitgliedern bestätigt wurde.

Abstimmungsergebnis:

bestätigt

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 6.1 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zu Wohnraum für Auszubildende Vorlage: VIII/2024/00699

Frau Burkert führte in den Antrag ein und begründete diesen.

Herr Lange bestätigte, dass der Bedarf an Wohnraum da ist. Er fragte, wie der Bedarf gedeckt werden kann und würde entsprechende Ausschüsse mit allen Beteiligten abwarten, bevor er abstimmt. Er merkte außerdem an, dass das Programm „Junges Wohnen“ das

Defizit aufgrund von Bauentwicklung, entsprechenden Mietpreisen und langen Bindungszeiten nicht ausgleicht. **Herr Lange** fragte die Verwaltung nach einer Lösung.

Herr Hiepe merkte an, dass seit 2023 Möglichkeiten für junges Wohnen, insbesondere Neuerschaffung von Wohnheimplätzen, gesucht werden. Aufgrund von fehlenden Förderungen konnte keine Umsetzung erfolgen. Die GWG hat (Stand 2024) keine geeigneten Plätze zur Verfügung. Eine Option mit der HWG wurde gesucht, aber durch die Haushaltskonsolidierung nicht gefunden. Aktuell wird versucht, mit freien Trägern in Verbindung zu treten und es besteht eine enge Abstimmung mit den berufsbildenden Schulen zu den Schulturnussen, um eine bessere Auslastung im kommenden Schuljahr von Wohnheimen zu generieren.

Herr Lange hinterfragte die Stellungnahme der Verwaltung. Diese empfiehlt eine Ablehnung.

Herr Hiepe prüft weiterhin die Fördermöglichkeiten.

Herr Schachtschneider merkte an, dass Frau Dr. Burkert nur die IHK erwähnte. Für die technisch-gewerbliche Berufsschule ist aber größtenteils die Handwerkskammer zuständig und sollte mit erwähnt werden. Betroffen ist vorrangig das erste Lehrjahr, aufgrund des Alters und des fehlenden Führerscheins. Die Nachfolgejahre sind flexibler und bilden teilweise Fahrgemeinschaften und benötigen das Wohnheimangebot nicht mehr. Die Schulen sollten die ersten Lehrjahre aufteilen. **Herr Schachtschneider** hinterfragt die Aussage der HWG und weist auf eine nochmalige Überprüfung hin.

Herr Lembert ergänzte, dass die angegebenen Ablehnungen der Schüler nur ein Hellfeld sind. Man wüsste nicht genau, wie viele Schüler eine Ausbildung in Halle (Saale), aufgrund des fehlenden Wohnraumes, nicht antreten. Die Einzugsgebiete werden immer größer. Er regt an, die aufkommenden Kosten darzustellen und eine bauordnungstechnische Anpassung der Wohnheime zu prüfen. Er hinterfragte, ob beispielsweise eine Barrierefreiheit bis in die letzte Etage notwendig sein muss. **Herr Lembert** wies auf das Azubiwerk in der Stadt München hin. Man könnte sich mit dem Studentenwerk in Verbindung setzen und Möglichkeiten besprechen.

Herr Heym regte an, sich an anderen Orten zu orientieren, wie dort die Organisation ist. Die Belegung der Wohnheime wird durch Blockunterricht geschaffen. Danach könnten die Azubis wieder nach Hause fahren und in den Betrieben arbeiten und andere Azubis für den Zeitraum des Unterrichtes einziehen. Er fragte nach der pädagogischen Begleitung in den Wohnheimen, insbesondere für die jüngeren Schüler.

Frau Brederlow sagte, dass die Verwaltung mit den berufsbildenden Schulen im Gespräch ist, um eine sicherere Auslastung zu bekommen. Ein Internat ist betriebserlaubnispflichtig und die Stadt Halle (Saale) sucht aber nach freien Trägern, die ggf. auch das Personal haben, um ein entsprechendes Angebot zu schaffen. Sie verweist auch hier auf die Betriebserlaubnispflicht. **Frau Brederlow** betonte, dass die Stadt Halle (Saale) die personellen Ressourcen aktuell nicht aufbringen könne. In München herrscht eine andere Haushaltssituation, sodass dort die Kosten übernommen wurden. Es muss weiterhin auf das Schulgesetz in Sachsen-Anhalt geachtet werden. Es gibt Überlegungen von den Kammern, ob bestimmte Berufsschulenteile näher an den Ausbildungsorten erbracht werden können. **Frau Brederlow** wies auf die Bedarfserhebung hin, die aktuell nicht handhabbar ist. Sie sprach sich für weitere Gespräche mit allen Beteiligten in den Ausschüssen aus.

Herr Scherer griff das Thema Fahrerlaubnis und Minderjährigkeit auf. Er sagte, dass die Stadt Halle (Saale) einen Sozial- und Bildungsauftrag hat. Das Angebot muss erst attraktiv werden, und er spricht sich für die Betreuung in den Wohnheimen aus. Er führte aus, dass die Wohnungsgenossenschaften so ihre zukünftigen Mieter dann schon kennen.

Frau Ranft führte aus, dass es besser ist, ein Zimmer ohne Sozialbetreuung zu haben, als gar kein Zimmer. Sie stimmte Herrn Hiepes und Frau Brederlows Aussagen zu und fragte nach einem Zeitpunkt, bis wann die entsprechenden Ergebnisse vorliegen. **Frau Ranft** verwies auf einen MZ-Artikel aus November 2024, in dem es um ein Millionenprojekt in Halle-Neustadt ging. Daraus hat sich bisher nichts entwickelt und sie fragte die Stadtverwaltung, wer genau hinter dem Projekt steht.

Frau Brederlow antwortete, dass der Stadtverwaltung nicht bekannt ist, wer Initiator des Projekts ist.

Frau Krause fragte nach dem leerstehenden Internat in Kröllwitz (ehemalige Sekundarschule). In diesem waren damals 3 von 5 Etagen belegt. Sie fragt nach einer möglichen Kooperation mit dem Land, um den Bedarf zu decken.

Frau Brederlow sagte, dass die Stadtverwaltung im Kontakt mit dem Land zu dieser Immobilie steht. Das Gebäude ist in einem Zustand, der eine Nutzung aktuell unmöglich macht. Es müssten intensive Baumaßnahmen stattfinden.

Frau Burkert schlägt vor, den Antrag zu vertagen.

Herr Lemberg weist nochmal auf das Azubiwerk in München hin. München hat für das Azubiwerk einmalig ca. 20.000 € gezahlt.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Beschlussvorschlag:

1. den Bedarf an Unterkünften für Auszubildende in Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen der Stadt zu ermitteln,
2. entsprechend des unter 1. ermittelten Bedarfes in Zusammenarbeit mit den kommunalen Wohnungsunternehmen zu prüfen, wie dieser durch zusätzliche UnterkunftsKapazitäten in der Stadt erfüllt werden kann,
3. passende Förderprogramme für die Umsetzung von 2. zu ermitteln.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 FaktenCheck Bildung 2024
Vorlage: VIII/2025/00854**

Frau Fritzsche stellte die Thematik mithilfe einer Präsentation vor.

Die Präsentation steht über Session zur Verfügung.

Herr Scherer fragte, ob die Ursache für die Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen, die Corona-Pandemie ist oder dass die Schüler sehr spät die deutsche Sprache gelernt haben.

Frau Fritzsche antwortete, dass verschiedene Faktoren eine Rolle spielen.

Frau Schmidt fragte, ob es eine Angabe zur Anzahl der Schüler mit Migrationshintergrund gibt, die die Schule ohne Schulabschluss verlassen. Sie erkundigte sich, ob diese möglicherweise nicht richtig gefördert wurden oder ob es an den Berufsschulen, die das berufsvorbereitende Jahr anbieten, liegt und diese die Schüler zu schnell überführt werden.

Frau Fritzsche antwortete, dass es im FaktenCheck keine aktuellen Zahlen dazu gibt, aber die Möglichkeit besteht, beim Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt nachzufragen.

Frau Schmidt fragte, ob es einen Vergleich zu gesamt Sachsen-Anhalt oder ggf. Magdeburg-Dessau gibt.

Frau Fritzsche sicherte eine Antwort zu.

Frau Burkert bedankte sich für die umfangreiche Arbeit samt Präsentation. Sie sagte, dass sich die Gesetzgebung geändert hat und auch die Sonderschulen Hauptschulabschlüsse erteilen können, ohne dass die Schule gewechselt werden müsse. Das würde die Statistik nochmal verändern. **Frau Burkert** fragte, wie hoch der Anteil der Förderschüler an den Schulabgängern ist, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Frau Fritzsche antwortete, dass im FaktenCheck diese Schüler berücksichtigt wurden. Der Anteil würde 5,6 % betragen *[Differenz der Angaben zum Anteil inklusive und exklusive Förderschulen, Kennzahl Nr. 071]*.

Herr Lembert fragte nach dem Tendenzzeichen im Bereich Schulverweigerung.

Frau Fritzsche äußerte, dass der Durchschnittswert von 3 Jahren gebildet wird. Die angegebene Tendenz ist nicht eindeutig steigend oder sinkend, sondern unstat.

Herr Lembert bezog sich auf den Bereich der verspäteten Einschulung der Schüler. Das könnte unter anderem auch an der schlechten Sprache liegen und er regt an, sich mit dem schulärztlichen Dienst auszutauschen.

Frau Fritzsche sagte, dass im FaktenCheck die Ergebnisse der Schuleingangsuntersuchung verarbeitet sind. Die Untersuchungen haben sich—durch die Corona-Pandemie als schwierig erwiesen.

Frau Schmidt bedankte sich bei Frau Fritzsche für ihre Ausführungen.

**zu 7.2 Mitteilung über die Aufnahme in die weiterführenden Schulen zum Schuljahr 2025/-26
Vorlage: VIII/2025/00916**

Frau Schmidt sagte, dass das Losverfahren erst am 03.03.2025 stattgefunden hat.

Herr Hiepe teilte mit, dass die ersten Zahlen von den Grundschulen (eingereichte Schullaufbahnerklärungen) vorliegen. Aktuell laufen parallel 3 Verfahren. Die

Aufnahmeverfahren an den kommunalen öffentlichen Schulen und separate Verfahren an den Schulen mit inhaltlichem Schwerpunkt und an den Schulen in freier Trägerschaft. Im Vergleich zum Vorjahr wurde die Übersicht angepasst. Es wurde schulformspezifisch mehr an Summenbildung eingebaut, wie zum Beispiel Mehrfachanmeldungen (kommunale Schulen oder eine andere Schulart) und die Kategorie „fehlende Zuordnung“ (keine Rückmeldung der Eltern). Das Losverfahren wurde am 03.03.2025 durchgeführt und die Eltern bekommen einen Bescheid. Die Rückmeldung soll bis Ende März 2025 erfolgen.

Frau Schmidt fragte nach den Mehrfachanmeldungen und den fehlenden Zuordnungen.

Herr Hiepe antwortete, dass sich die leeren Felder in der Tabelle noch füllen.

Frau Schmidt fragte nach dem endgültigen Zeitpunkt, wann die Zahlen der freien Träger vorliegen.

Herr Hiepe antwortete, dass erlassseitig die Rückmeldung der freien Träger bis Mitte März vorliegen muss und die der Schulen mit inhaltlichem Schwerpunkt bis Ende April. Es finden aber auch Nachrückverfahren statt, die den Zeitpunkt entsprechend nach hinten verschieben.

Frau Schmidt fragt nach auffälligen Zahlen, mit denen nicht gerechnet wurde.

Herr Hiepe sagte, dass festgestellt wurde, dass es eine Abwanderung von Sekundarschulen zu Gesamtschulen gibt. Im Verfahren kann sich das aber nochmals ändern.

Herr Lange erwähnte, dass es mehr Erstwünsche als Kapazitäten an Gymnasien und Gesamtschulen gibt. Er fragte, wie die Entwicklung wahrgenommen wird und ob sich das ändern wird, wenn andere Gymnasien oder die freien Träger die Schüler aufnehmen. **Herr Lange** erkundigte sich, ob es das Bestreben sei, die Schüler, die keinen Platz am Gymnasium erhalten, in die KGS mit Gymnasialzweig aufzunehmen und ob daraufhin die Satzung angepasst werden muss. **Herr Lange** erwähnte, dass die Zahlen, im Vergleich zu den Vorjahren, anders gerechnet wurden. Er fragte nach dem Abgleich mit der Realität im Vergleich zu den Vorjahren.

Herr Hiepe antwortete, dass sich das Thema mit den Gymnasien finden wird. Die Kapazitäten sind für 2.074 Schüler ausgelegt. Nach derzeitiger Bewertung muss die Satzung nicht angepasst werden. Momentan können nur die Erstwünsche ausgewertet werden. Bei den Gymnasien gibt es eine Abweichung von ungefähr 1 %. Die größte Abweichung gibt es vom prognostizierten Erstwunsch zum realen Erstwunsch bei den Sekundarschulen.

Herr Schachtschneider fragte nach den Schulen mit inhaltlichem Schwerpunkt, insbesondere nach dem Sportgymnasium. Dieses Jahr gäbe es nur 24 Plätze. Er fragt, ob es in den letzten Jahren nicht mehr Plätze gab.

Herr Hiepe antwortete, dass der Durchschnittswert der letzten 4 Jahre gebildet wurde. Er merkte an, dass die Plätze des Sportgymnasiums und der Sekundarschule zusammengerechnet werden.

Herr Schachtschneider sagte, dass es ca. 30 Anmeldungen an der Gemeinschaftsschule Heinrich-Heine zu viel gibt. Diese Schüler würden sich bewusst nicht an der Gemeinschaftsschule Kastanienallee oder August-Hermann-Francke anmelden. **Herr Schachtschneider** fragte, wo diese Schüler hinsollen.

Herr Hiepe antwortete, dass es auch da ein Losverfahren gibt. Es gibt auch ein alternatives Angebot, wo die Schüler sich für eine andere Schulform beziehungsweise eine andere Schule entscheiden können.

Herr Riedel ergänzte, dass man zu den angegebenen Erstwünschen für Gymnasien, die 336 Schüler aus der Beschlussvorlage zur 2. Änderung der Satzung vom 29.01.2025, mit einberechnen müsse.

Frau Schmidt bedankte sich bei Herrn Hiepe für die Informationen.

zu 7.3 Mitteilung zur Schulentwicklung und Erweiterungsbau der KGS "Ulrich von Hutten"
Vorlage: VIII/2025/00919

Frau Brederlow informierte über die Schulentwicklung der KGS „Ulrich von Hutten“. Die Stadtverwaltung ist mit den verschiedenen Gremien und der Schule im regelmäßigen Austausch.

Herr Schachtschneider fragte, ob die Planungen gestoppt sind oder nicht.

Frau Brederlow verwies auf die Pressemitteilung der Stadtverwaltung. Die Planungen sind nicht gestoppt.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

zu 8.1 Herr Lange zum Startchancen-Programm

Herr Lange fragte, ob es hinsichtlich der baulichen Komponenten Probleme bei den PPP-Schulen gibt und ob sich das auf die Vertragsgestaltung auswirken kann.

Herr Hiepe der Bereich, Servicezentrum Gebäudemanagement, ist im Austausch mit den PPP-schulen und den Vertragspartnern. Die Stadtverwaltung prüft aktuell den Sachverhalt. Die entsprechende Förderrichtlinie wurde noch nicht beschlossen und bekannt gegeben. Der Entwurf der Richtlinie liegt bereits vor.

Frau Schmidt bedankte sich bei Herrn Lange und Herrn Hiepe für die Ausführungen.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete die Ausschussvorsitzende **Frau Schmidt** die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses und bat um die Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Datum: 03.04.25

Claudia Schmidt
Ausschussvorsitzende

Sarah Danzer
stellv. Protokollführerin